

Die Zeit

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühren. Einmalige Anzeigenpreise werden auf 2 Mark ab 100 Zeilen über gegen Einzahlung, 2,50 Mark mit Beleggeld, am Sonntag abnominiert 2,40 Mark. Kleinere Anzeigen zu 12 1/2 Pf. im Voraus, und 15 Pf. im Nachhinein. Hauptredaktion: Halle, Markt 42/44, Fernruf 4605. - Druckerei: G. Ullrichstr. 27. - Verteilungsort: 208 19. Markt

Das Volksblatt erscheint jeden Freitag; Sonnabends mit der Illustrierten Beilage „Wolk und Welt“. Inanspruchnahme: Die Zeitungen sind für den Postverkehr als Zeitung für den Postverkehr eingetragene Zeitungen. In Halle und Umgebung sind die Zeitungen durch den Postboten zu bestellen. In anderen Orten durch den Postamt. In den Provinzen durch den Postamt. In den Provinzen durch den Postamt. In den Provinzen durch den Postamt.

Die Skute in Litauen.

Die Presse unter Polizei-Aufsicht. / Aufhebung der Versammlungsfreiheit. / Redeverbot für Oppositionelle.

Das Parlament als Schlachtfeld. Unerschrockene Präzedenzen im Kausch des Sejm.

Warschau, 22. Juni. (Radiotelegramm.) Im litauischen Sejm kam es zu wütenden Kämpfen und Präzedenzfällen bei der Beratung einer Änderung des Pressegesetzes, die die Presse den wesentlichen Gerichten entziehen und der Justizverwaltung ausliefern soll. (1) Der Sozialist auf der Seite der Christlich-Demokraten gegen den Entwurf und löste ungeheuren Lärm aus, worauf die Opposition im künftigen Sejmfall sollte. Der Präsident des Sejms verlangte den Ausschluss des Abgeordneten von der Sitzung, was dem Christlich-demokratischen Mehrheit beschlossen wurde. Dem Christlich-demokratischen Mehrheit beschlossen wurde, durch hergerufenen Polizei entfernt. Wärenderer wurden die Straßen zum Sejmgebäude mit bewaffneter Polizei besetzt und dem Publikum der Zutritt in das Gebäude verweigert. Es schob sich ein ungeheurer Tumult im Saal, die Oppositionsredner versetzten an weitere Ausführungen, worauf unter Schreien und Pfeifen das Gesez von der Christlich-demokratischen Mehrheit in erster Lesung angenommen wurde. Die Sitzung wurde bis abends 7 Uhr vertagt.

Geistnis und Abhängen der Nationalen verließen die Oppositionsparteien schließlich den Saal. In den Gängen des Sejmgebäudes setzte sich die Krügelei fort. Vor dem Gebäude hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Es herrschte in Warschau infolge der Vorgänge eine außerordentlich erregte Stimmung. -- Halle (Saale), 22. Juni. Die in der vorstehenden Radiotelegramm geführten Zwischenfälle geben ein sehr anschauliches Bild von dem Kulturzustand in Litauen. Es ist selbstverständlich, daß wir vom Standpunkte einer zivilisierten Nachbarnation das beurteilen, was die litauische Reaktionsregierung gegen die Presse- und Versammlungsfreiheit vertritt, und daß wir die Mittel bedenken, mit denen sie die demokratische Bewegung des Landes niederdrückt. So sehr wir, wie gesagt, diese Dinge an sich beklagen, noch weit schmerzlicher berühren sie uns bei dem Gedanken, daß heute ein breiter Streifen des litauischen Kulturlandes durch Verfall der Verfassung unter die Füße der Reaktion gebracht wurde. Bedenkt man, daß die deutsch-memeländische Bevölkerung namentlich genau so wie die von der Jarezzeit her nicht vermehrte litauische Bauernbevölkerung unter das Polizeiregime Kowno eingewandert sind, dann fühlt man voll Sorge und Enttäuschung, welche Untaten die Herren der Welt im Jahre 1919 unter der Besize der Welt-demokratie und des Selbstbestimmungsrechts der Völker begangen haben. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß in Memelland nicht 10 Prozent der Bevölkerung litauisch spricht und daß selbst von diesen 10 Prozent kaum die Hälfte daran denken würde, sich von der deutschen Kultur, mit der sie jahrelang umgeben waren, loszureißen und sich in die Arme eines von europäischen Standpunkte aus sehr unruhigen, niedrigen Volkstammes zu werfen. Bedenkt man weiter, daß dieses Memelland ohne Abstimmlung, also ohne Befragung der Bevölkerung einfach von deutschen Mutterländern losgerissen und fast der höheren Gewalt der Esten Litauen zugeführt wurde, um sich heute die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Rede- und Brief- sowie die Grundrechte jedes geordneten öffentlichen Lebens nehmen zu lassen, dann begreift man im Kleinen, welches Unheil im großen von den Lords George, Clemenceau und Wilson unter Äußerung noch größerer Schwärmereien angerichtet worden ist, begreift man die Ursache, die die Welt ständig in Atem hält und die Ursache neuer kriegerischer Vermählungen für die kommende Zeit in sich birgt. Der Gedanke, daß die von uns losgerissenen memelländischen Deutschen heute genau so wie die Litauer unter dem Kommando des Skandalregimes zu liden haben, ist Ursache genug, die obige Meldung mit Trauer und Empörung anzuschauen.

Faschistische Außenpolitik.

SPD. In Kabul in Afghanistan ist ein junger italienischer Ingenieur Carlo Pivano inhaftiert worden. Die italienische Regierung hat deshalb bei der afghanischen Regierung protestiert, eine offizielle Entschädigung und ein Entgelt von 7000 Pfund verlangt. Der Fall ist nach drei Seiten hin von einer gewissen Bedeutung. Man muß zunächst das rein menschliche Moment kurz erwähnen. Der junge Pivano hatte einen afghanischen Politisten niedergeschossen, als er wegen eines früheren Zwischenfalles — eine Dage-zeige an einen Polizeibeamten — zur Polizei gebracht werden sollte. Er ist dann verurteilt worden, und zwar nach afghanischem Gesetz zum Tode, hat sich nach langen Verhandlungen von den Erben des Getöteten durch Zahlung des „Blutgeldes“ freikaufen können, wurde aber trotzdem im Gefängnis festgehalten, trotz aus, stellte sich, offenbar vollkommen entmutigt, trotz der russischen Gesetze erwiderte, wieder der afghanischen Polizei, wurde wieder eingekerkert und trotz des zahllosen „Blutgeldes“ bzw. der amtlichen Freiführung der afghanischen Behörden an die italienische Gesandtschaft in Kabul, daß die Freilassung bevorstehe, plötzlich und heimlich hingerichtet. Es ist also gar kein Zweifel, daß trotz der ursprünglichen Schuld des Pivano seine nachträgliche Hinrichtung gegen Recht und Vandesitte groß verfehlt und ein Protest Italiens formal und menschlich verständlich ist. Anders liegt die Sache aber aus, wenn man von der menschlichen Anteilnahme absteht und den Fall unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen den beiden Völkern Italien und Afghanistan betrachtet. Afghanistan ist gerade kein Land, in dem man je behaupten kann Fremder leben kann wie etwa in Berlin oder London. Darüber waren sich natürlich die Italiener trotz aller Schwächen geographischer Kenntnisse immerhin klar. Trotzdem liegen sie eine Anzahl Ingenieure und Ärzte vor ein und einem halben Jahre mit Kontraktanten nach Afghanistan gehen, die in ihrer Überheblichkeit und ihrem Selbstsinn selbst in höher zivilisierten Ländern allerlei Schwierigkeiten gemacht haben würden. Diese Kontrakte waren eine Folge der italienischen Expeditionen, die nach der Aufnahme dieser diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan durch Italien sofort zu einem praktischen Ergebnis der „wertvollen“ neuen Freundschaft führen sollten. In Afghanistan hatte es wieder einmal sehr eilig gehabt, als er sich auf dem Plan zu entscheiden, wozu in der Hoffnung, dadurch den Engländern das Wasser abzugucken, die schon aus ihrer indischen Grenzschutzarbeit heraus bisher neben den Russen in Afghanistan besonders stark interveniert waren. Natürlich landen die Ingenieure alles ganz anders, als sie gehofft hatten. Sie haben, das sie nicht wie in irgendeiner ihrer italienischen Kolonien die Herren spielen konnten, sondern kaum geduldet, als lästige, geübte Eindringlinge behandelt wurden, es kam bald zu Meinungen, die schließlich in der Katastrophe des jungen Pivano ihren typischen Ausdruck fanden.

Musolini hatte zunächst die Absicht, nach der Gefangenennahme und Beurteilung des Italiener „energieich“ gegen Afghanistan vorzugehen. Er ist sich aber gedacht hat, was sein Geheimnis bleiben. Die verschiedenen Ingenieure und Ärzte wären ebenfalls noch gewesen, wenn man sie rechtzeitig und schließlich zurückbeordert hätte. Aber eine Italien befreundete Macht, offenbar England, das gar kein Interesse daran hatte, den Fremdenhoh in Afghanistan noch mehr gefährdet zu sehen, intervenierte und machte Musolini klar, daß die rechtliche Grundlage für ein solches Vorgehen angeht, das vollkommen fehlerhaft ist. Die italienische Regierung konnte sich also, das Leben des Pivano und die Rettung, daß sie das „Blutgeld“ von 27 000 Lire an die Erben des Getöteten zahlte. Der afghanische Brauch gestattet nämlich, daß die Hinterbliebenen eines Getöteten zunächst den Richter bestimmen, der den Fall beurteilt, und dann nach der Urteilsfindung den zum Tode Verurteilten aus der Hand der Richter zur Vollstreckung der Strafe erhalten. In diesem Augenblicke hat die Zahlung des „Blutgeldes“ eingeleitet, wodurch die Verwandten des Getöteten auf den Kopf des Mörders verzichten, sich mit ihm durch eine Zeremonie öffentlich versöhnen und der Verurteilte wieder frei wird. Hätte diese Freilassung stattgefunden, wäre ein afghanisches Gesetz Genüge gewesen und der ursprüngliche Pivano getötet gewesen. Offenbar aber war durch das ganze Verhalten der Italiener in Afghanistan die Stimmung schon so überreizt, daß der Fanatismus der Afghanen sich kein Opfer nicht mehr hat entgegen lassen wollen. Die weitere Behandlung der unberechtigten Gefangenen und die damit verbundene Vermählung des Gefangenen haben zunächst zu der begreiflichen, aber tödlichen Mord mit Unterstützung mehrerer Fremde geführt. Diese hat dann offenbar den afghanischen Behörden trotz ihres gegenseitigen Verprechens die heimliche Hinrichtung angeordnet, das Humane der Bevölkerung notwendig ist, die Freilassung des Italiener sich die Blut der Bevölkerung gegen den Entschluß selbst hätte, werden können.

Damit kommt man zu die dritte Seite des ganzen Falles, die von symptomatischer Bedeutung ist. Man darf wohl aussprechen, daß der Zynus des Italiener, der heute mit der Unterstützung der Regierung ins Ausland geht, durch den „nationalistischen“ faschistischen Geist sich zu einem überparteilichen Gerendens ausgedehnt hat, der vielleicht in den italienischen Kolonien mit der Antipathie und dem Redolenz sich durchzusetzen vermag, der aber unter freien, vor allem fanatisierten Volksteilen ihres Staates erleben muß. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Po-

Am Abend hatte der Präsident neben der Weiterberatung des Pressegesetzes auch ein Gesetz zur Veränderung des Sejmgesetzes in Angriff genommen. Dieses Gesetz will den Oppositionsparteien die Möglichkeit nehmen, im Kausch gegen die herrschende Diktatur der Christlich-Demokraten auszuweichen. Als der Volkssozialist Sapinjas die Schandtat der Christlich-Demokraten in schärfster Weise geißelte, verlangte ein Abgeordneter der Christlich-Demokraten, daß ihm das Wort gegeben werde. Sapinjas sprach weiter, indem er mit den Händen auf den Tisch schlug und erklärte, daß der Vorgesetzte Sitzens Presse- und Versammlungsfreiheit genommen werden würde und daß die Würde des Parlaments durch Verweigerung der Polizei und die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten untergraben würde. Der Sejmpräsident schlug darauf die Entimmung des Redners vor, weil er die Disziplin nicht gewahrt habe. (1) Sapinjas wurde ausgedrängt, indem er aber den Saal nicht, worauf der Ausschluss von zehn Sitzungen erfolgte. Jetzt begann ein noch milderer Lärm. Es wurde geschrien und gepfiffen und Sapinjas durch 15 bewaffnete Politisten aus dem Saale gebracht. Als im Laufe der Sitzung der Vorkämpfer für die litauische Nationalbewegung, der frühere Ministerpräsident Dr. Grinius, ebenfalls ausgedrängt worden wurde, kam es zu einer Krügelei zwischen den Abgeordneten. Sämtliche Säle der Diplomatologie wurden geräumert. Grinius wurde schwer verletzt und von dem Abgeordneten Wilkunas dem Saale geführt, während weitere Kräfte einströmten und auf die Mitglieder der Oppositionsparteien losrückten. Unter Schreien auf

Nieder mit dem Agrarzoll! Aufruf zur Solidarität.

Am Montag ist den Reichstagsabgeordneten die Zollvorlage der Regierung zugehelt worden. Sie weist gegenüber der ersten Fassung nur geringe Änderungen auf. Einige Sätze für die industriellen Zölle sind aber erhöht worden. Von Bedeutung ist die Streichung der Viechzölle, die in ihrer maßlosen Höhe sicherlich ein Skandal waren. Nun hat die agrarische Presse keine Ruhe mehr. Es geht ihr wie einem Banditen, der im letzten Augenblicke Angst hat, dieöße Tat könne mißlingen. Sie vermutet, daß sich der Vorgang vom Sonnabend, wo die Beratung der Zollvorlage wegen Angehörigkeit der Reichstagsabgeordneten des Hauses nicht auf die Montagstagesordnung des Reichstages gesetzt werden konnte, wiederholen wird und rehet sich bereits auf die Abgeordneten der Reichstagskammer ein, immer zur Stelle zu sein. Im übrigen weist die Reichspresse auf die Notwendigkeit der Zollvorlage für die schwebenden handelspolitischen Verhandlungen hin. Dabei setzt sie voraus, daß die Zollvorlage mit den Agrarzöllen steht und fällt. Wir glauben, daß bis weit in die Kreise der Regierungsparteien hinein viele Reichstagsabgeordnete wesentlich anders denken und der Auffassung sind, daß die Zollvorlage ohne Getreidezölle für die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen ein viel besseres Antrahmen sein wird als mit ihnen. Wenn wir die Agrarzölle heute für wirtschaftlichen Nutzen halten und ihre Abwesenheit in der Vorlage unbedingt für erforderlich erklären, so lassen wir uns von wichtigen Gründen leiten. Nach den Gesamtverhältnissen werden die großen Agrarzölle in der letzten im Frühjahr 1925 mit einem entsprechenden Defizit zu rechnen haben, während in Deutschland das Korn vielfach besser steht als 1913, das ein ungewöhnliches Rekordergebnis war. Durch diese Entzückung sind viele Nachteile, die sonst einen mächtigen Agrarzoll anerkannt haben, zu dem Anteil gelangt, daß die kommende Ernte deutsche Getreidepreise herabzusetzen ermöglicht. Wenn man aber trotzdem den Ge-

litzbezoll einführt, schafft man eine ähnliche Lage wie im vorigen Jahre. Damals wurden die autonomen Zölle ebenfalls unter Vertagung auf eine Überleitung Deutschlands mit ausländischen Vortreibege handelt. Es ist aber keine Überleitung eingetretten, sondern teilweise ein höherer Mangel, der die deutschen Preise um 50 bis 70 Prozent gesteigert hat.

Die Reichspresse sieht sich vorläufig mit dem Gedanken, die Opposition der Sozialdemokratie gegenüber den Getreidezöllen durch Kompromisse innerhalb der Regierungsparteien niedrigeren zu können. Die Regierungsparteien sollen aber bedenken, daß es sich hier um eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen der Nation handelt. Die Verbraucher sind nicht gewöhnt, die Frage ihrer Ernährung, die Frage des Arbeitsmarktes und des Wohlstandes an Schiedungen unter den Regierungsparteien hinter persöhnlichen Parteilichkeiten machen zu lassen. Der Kampf gegen den Agrarzoll muß millionenfach Widerstand in den Kreisen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Gesamtverbraucherfront und der Geschäftswelt finden. Wir wollen dann einmal sehen, ob es eine kleine Gruppe von agrarischen Praktizierern und schwerindustriellen Monopolisten magt, gegen den Willen des gesamten Volkes anzurennen.

Die sinkenden europäischen Werte.

New York, 22. Juni. (Durch Funkdruck.) An der Fondsborse erfolgten umfangreiche Abgaben in europäischen Werten, die auf eine unglückliche Konferenz entgegen tretende Enttäuschung über die Auswirkungen des Dawes-Planes und die Schwierigkeiten, mit denen die europäischen Nationen bei der Finanzierung ihrer Kriegsschulden zu kämpfen haben, zurückzuführen werden. Der französische Franken notierte zeitweilig 488 (am 20. Juni 471 1/2). Ein neues Goldfeld. Londoner Morning Post meldet: „Africa World“ zufolge sei in Britisch-Zentralafrika ein neues Goldfeld in einer Größe von 8000 Quadratmeilen im Ruatal, zwei Tagesmärsche von Bechuanaland entfernt, entdeckt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gvv:3:1-171133730-17067526219250623-10/fragment/page=0001

hals sich überlegen ließ. Die Franzosen... Die Zusammengebrochene Selbstmordtheorie.

Die Zusammengebrochene Selbstmordtheorie.

Die Zusammengebrochene Selbstmordtheorie... Hat und Staatsanwalt unter Anklage.

Die Vernehmung des ersten Zeugen in dem Prozeß gegen den Oberleutnant Jordan wegen des Mordvergnügens bei Weiskopf wurde zwar vom Vorsitzenden und vom Staatsanwalt mit aller Gründlichkeit durchgeführt.

Deutscher Reichstag.

Verlesung der Satzungen von den schwarz-weißen „Doll“-partien geplant.

Berlin, 23. Juni. (Sog. Presse-Dienst.)

Der Reichstag trat am Montag in die erste Beratung des neuen Verfassungsergebnisses ein. Reichsfinanzminister v. Sieden beschränkte sich auf eine kurze Erklärung.

Preussische Verhandlungen.

Berlin, 23. Juni. (Kabinets-Bericht.)

In Preussischen Landtag fanden am Montag zwischen den drei Regierungen und der Deutschen Volkspartei Verhandlungen über die Frage der Regierungserweiterung statt.

Faschistischer Parteitag.

Sorga gegen Mussolini.

Die Verhandlungen des am Sonntag abgehaltenen faschistischen Parteitag wurden am Montag bereits zu Ende geführt. Mussolini bezeichnete in dem einen Aufschrei das Programm des Faschismus als Säule der Arbeit.

Mussolini kreditunfähig.

Genf, 23. Juni. (Sog. Drahtbericht.)

Die „Tribune“ aus fideiler Quelle erfährt, sind in der letzten Woche von italienischen Seite bei dem Schweizer Bankhaus in Genf ein Darlehen von 100 Millionen Franken zu erhalten.

Oberleutnant Jordan vor Gericht.

Ein Versuch zur Rechtfertigung.

Wien, 23. Juni. (Sog. Drahtbericht.)

Vor dem erweiterten Schöffengericht begannen die Verhandlungen gegen den Oberleutnant Jordan von Honie-Battalion Nr. 6, der am 31. März 1923 das große Mordvergnügen bei Weiskopf bei dem Mord an den Reichspräsidenten ermordet wurde.

Ein Vergewaltigungsversuch.

Durch die Neubildung der württembergischen Reichstagsfraktion im Reichstag eine neue Zusammenfassung der Reichstagsfraktion erfolgt.

Die Neubildung der württembergischen Reichstagsfraktion im Reichstag eine neue Zusammenfassung der Reichstagsfraktion erfolgt. Sie geschah nach einem Schluß, den das Bureau des Reichstages erreichte und der jeder Fraktion die ihr gebührende Zahl von Reichstagsmitgliedern zuweist.

Standinabismus gegen Deutschland?

Die deutsche Demokratie ist gewohnt, in den Vätern einer Vereinigung der standinabischen Länder ein reines und hohes nationales Streben wie in der deutschen Einheitsbewegung von 1848 zu sehen.

Die deutsche Demokratie ist gewohnt, in den Vätern einer Vereinigung der standinabischen Länder ein reines und hohes nationales Streben wie in der deutschen Einheitsbewegung von 1848 zu sehen. Mit Fremden aber muß man aus der Zagung der standinabischen Universitäten, die eben in Oslo stattgefunden hat, ersehen, daß es Leute gibt, die den Standinabismus als eine Art nordischer „Meiner Entente“ auffassen.

Majestätsbeleidigung?

Im Gegensatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungeschickten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen des Herrn von Hindenburg außerordentlich empfindlich zu sein.

Im Gegensatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungeschickten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen des Herrn von Hindenburg außerordentlich empfindlich zu sein. Nach der Wahl des hiesigen Reichspräsidenten wurde ein Verbot erlassen, das die Beleidigung des Reichspräsidenten durch die Presse untersagt.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Standinabismus gegen Deutschland?

Die deutsche Demokratie ist gewohnt, in den Vätern einer Vereinigung der standinabischen Länder ein reines und hohes nationales Streben wie in der deutschen Einheitsbewegung von 1848 zu sehen.

Die deutsche Demokratie ist gewohnt, in den Vätern einer Vereinigung der standinabischen Länder ein reines und hohes nationales Streben wie in der deutschen Einheitsbewegung von 1848 zu sehen. Mit Fremden aber muß man aus der Zagung der standinabischen Universitäten, die eben in Oslo stattgefunden hat, ersehen, daß es Leute gibt, die den Standinabismus als eine Art nordischer „Meiner Entente“ auffassen.

Majestätsbeleidigung?

Im Gegensatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungeschickten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen des Herrn von Hindenburg außerordentlich empfindlich zu sein.

Im Gegensatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungeschickten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen des Herrn von Hindenburg außerordentlich empfindlich zu sein. Nach der Wahl des hiesigen Reichspräsidenten wurde ein Verbot erlassen, das die Beleidigung des Reichspräsidenten durch die Presse untersagt.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Majestätsbeleidigung?

Im Gegensatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungeschickten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen des Herrn von Hindenburg außerordentlich empfindlich zu sein.

Im Gegensatz zu der recht milden Handhabung der Gesetze durch die Staatsanwaltschaft bei den ungeschickten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten scheinen die Staatsanwälte gegenüber angeblichen Beleidigungen des Herrn von Hindenburg außerordentlich empfindlich zu sein. Nach der Wahl des hiesigen Reichspräsidenten wurde ein Verbot erlassen, das die Beleidigung des Reichspräsidenten durch die Presse untersagt.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Der Kollaps im Fall der ursprünglich auf 550 000 Doppelzentner geschätzt wurde, soll sich dem „Lagebericht“ zufolge nach neueren Bestimmungen des Kollapsbittels auf 850 000 Doppelzentner erhöhen.

Kalle und Saalkreis.

Kalle, den 23. Juni 1925.

Parteimeldungen.

Unterstützungsbüro. Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr im Parteibüro...

7. Kreisfest. Samstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr im Saalbauamt...

Der Bezirksführer.

Vom Stadthaus.

Die Neubauten im 100 bewilligt. — 93 000 Mark für Einrichtung von Zuhilfen.

Die geführte Sitzung der Stadtratsbesitzung dauerte, obwohl 21 Punkte auf der Tagesordnung standen, nur zwei Stunden...

Die neue fahrbare Kasse der Stadtratsbesitzung wurde durch den Stadtratsbesitzungsrat...

Über auch noch bei einer anderen Gelegenheit bemühen sich die Sprecher der kommunistischen Fraktion...

Der Magistrat hat dem von Kollegium mit ihm und Reich beschriebenen Haushaltsplan im großen und ganzen zugestimmt...

Die von uns bereits ausführlich behandelte Vorlage über die Neu- und Erweiterungsbauten im Zoologischen Garten wurde ohne Debatte und einstimmig genehmigt...

Die nächste Punkt der Tagesordnung betraf hauptsächlich den Verkauf von Bauplätzen, Gebrauch von Dächern, Lebensnahrung von Sozialisten und dergleichen mehr...

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt hatte für den 18. und 19. Juni eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften der Provinz Sachsen...

Der Vorsitz des Arbeitsmarktes im Saalkreis sprach Dr. Schreiber vom Landesarbeitsamt...

Die praktischen Erfahrungen der auswärtsgerichteten Vermittlung der Arbeitslosen behandelte Gutmann (Wittfeld)...

Die Benutzung der öffentlichen Arbeitsämmer für die Einstellung von Arbeitskräften seitens öffentlicher Behörden...

Die Regelung der auswärtsgerichteten Vermittlung von Arbeitskräften erörterte Dr. Schreiber (Magdeburg)...

Eine mehrstündige Erörterung rief die Streikung von der Beitragspflicht zur Grunderwerbsteuer hervor...

Es sei noch zu erwähnen, dass die Kommunisten sich nicht nur in der Provinz Sachsen, sondern auch in der Provinz Pommern...

„Achtung, drauf!“

Kalische Stöhlchenschmied verweisen in Zeiß wohlgearbeitete Leberfälle...

In unserer Ausgabe vom 15. Juni brachten wir unter dem Titel „Kaiserliche Würdigung“ eine Notiz, in der gesagt war...

Es ist ein Wunsch des Parteigruppenführers Schulz (Ziemendorf) des Stöhlchens aus, in dem er für den nächsten Sonntag für Liebenwerde einen „Kronjubiläumstag“...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Wittgens (Magdeburg). Die landwirtschaftlichen Interessen stellen in wachsendem Maße Forderungen an den Staat...

Beamten-Kundgebung.

In einer öffentlichen Beamtenversammlung sprach am Sonntag der demokratische Reichstagsabgeordnete...

Bezeichnend sei, daß in die Jolls und Steuererlöse der Reichsbeamten der Beamtenkassen sehr niedrig einfließen...

* Sonnenwörter der halloischen Arbeiterjugend. Trotz der regelmäßigen Witterung hatte es sich die halloische Arbeiterjugend nicht nehmen lassen...

